

## Verantwortung in einer globalisierten Welt

Vortrag am 13. 01. 2016 von **Mag. Dr. Katharina Mader**, Mitarbeiterin des Instituts für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien, derzeit in Elternkarenz, Habilitation in Arbeit.

### Zusammenfassung:

*Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre zeigte, wie stark die globale Vernetzung und Verflechtung der Finanzmärkte, auch mit der Realwirtschaft, sind. Dennoch beschäftigt sich die Ökonomie wenig mit Fragen der Verantwortung und Solidarität; sie geht immer noch von einem rational und logisch vorgehenden und auf den eigenen Vorteil bedachten Menschenbild aus. Ethische Fragen spielen weder in der Wirtschaftspraxis, noch in der wissenschaftlichen Ökonomie eine entscheidende Rolle.*

*Das Krisenmanagement der Europäischen Union stellte die Budgetkonsolidierung über alles andere und setzte folglich Maßnahmen, welche die Ungleichheit noch verstärkten – obwohl die stark gewachsene Ungleichheit eine der Ursachen der Krise war und ist. Offen bleibt die Frage, wie grenzüberschreitende Solidarität im Rahmen von wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Prozessen gelingen könnte.*

### Mehr zum Thema:

Angesichts der enormen weltweiten Ungleichheit kann im globalen Zusammenhang kaum von Verantwortung und Solidarität gesprochen werden, daher konzentriert sich dieser Vortrag auf die Europäische Union.

*„Solidarität – sobald man dieses Wort hinschreibt, möchte man es sogleich wieder zurücknehmen, klingt es doch nach Reichensteuer, Neid und saurem Zwang.“ (DIE ZEIT, 12.02.2009)*

Dieses Zitat aus dem Wirtschaftsteil der ZEIT ist durchaus typisch für den Zugang der Mainstream-Ökonomie zu Verantwortung und Solidarität: für die orthodoxe Volkswirtschaftslehre sind dies keine wesentlichen Kategorien.

Im **Zusammenhang von Verantwortung und Solidarität mit Ökonomie** stellen sich vier grundsätzliche Fragen:

1. Gibt es in der Ökonomie einen **Diskurs zu Verantwortung und Solidarität**?  
Die Antwort lautet ernüchternder Weise: die Beschäftigung mit diesen Themen ist gering.
2. Ist das **Menschenbild der Ökonomie** (der *homo oeconomicus*) zu Verantwortung fähig?  
Die Ökonomie geht auch heute noch von einem rational und logisch vorgehenden und auf den eigenen Vorteil bedachten Menschen aus, von einem Menschenbild, das auch als ‚männlich‘ bezeichnet werden kann.
3. Passen **Kapitalismus und Verantwortung** zusammen?  
Folgt man den Thesen von Karl Marx, dann spielen in einer kapitalistischen Gesellschaft (*„Gesellschaft der Ausbeutung und Entfremdung“*) Verantwortung und Solidarität keine Rolle.
4. Geraten **Wirtschaft und Ethik** im Weitesten immer mehr in einen Widerspruch?  
In diesem Zusammenhang nicht uninteressant sind die Ergebnisse einer neurologischen Untersuchung, die zeigen, dass die Hirnströme von Investment-Bankern bei ihrer Tätigkeit Ähnlichkeit mit psychopathologischen Hirnströmen zeigen.

Insgesamt spielen ethische Fragen weder in der Wirtschaftspraxis, noch in der wissenschaftlichen Ökonomie eine entscheidende Rolle. Dies ist umso bedauerlicher, als es durchaus Ansätze für eine Verbindung von Ethik und Wirtschaft(en) gäbe (vgl. Hannah Arendt: *Vita activa oder vom tätigen Leben*).

Betrachtet man die **globale Wirtschafts- und Finanzkrise** der letzten Jahre, dann zeigt sich eine bemerkenswerte Verschiebung des Diskurses:

- Am Beginn steht die **Immobilien- und Bankenkrise** in den USA (2007), in Folge eines spekulativ aufgeblähten Immobilienmarktes.
- Es folgen Insolvenzen von Unternehmen der Finanzbranche, mit dem vorläufigen Höhepunkt des Zusammenbruchs der US-Großbank Lehman Brothers (September 2008) – die Immobilienkrise wird zur **Finanzkrise**.
- Obwohl versucht wird, eine Kreditklemme zu verhindern, überträgt sich die Krise auf die **Realwirtschaft** (z. B. Autohersteller).
- Banken werden gestützt und auch verstaatlicht, Konjunkturprogramme geschnürt, Kurzarbeit wird ermöglicht.
- Dementsprechend steigt die Staatsverschuldung vieler Staaten stark an, die Krise wird zur **Euro- oder Schuldenkrise** (2009).
- Auch die Nahrungsmittelpreis-Krise (2007–2008) dürfte mit der globalen Finanzkrise in Zusammenhang stehen, jedenfalls mit der Spekulation auf Nahrungsmittelpreise.

Die **Krise zeigte eine starke globale Vernetzung und Verflechtung** der Finanzmärkte, auch mit der Realwirtschaft – damit sollte eigentlich eine Auseinandersetzung mit globaler Verantwortung einhergehen.

Interessant ist auch, dass die Elfenbeinturm-Fraktion der wissenschaftlichen Ökonomen in all diesen Vorgängen keine Krise erkennen kann. Entsprechend wird in der ökonomischen Lehre auf diese Zusammenhänge wenig Gewicht gelegt.

Neu war im Verlauf der Krise der Diskurs über **Verursacher und Opfer**:

- ‚*The mess was made by men*‘ – männliche Börsenspekulanten, ihrer Risikobereitschaft und Selbstüberschätzung, wurden als Verursacher identifiziert. Man gab der Krise ein Gesicht, indem Fotos von Bankdirektoren (alle männlich und weiß) veröffentlicht wurden.
- Bei den Opfern der Krise konzentrierte man sich auf die Ersteffekte und somit auf die (männlichen) Arbeiter der als erste betroffenen Industriezweige (z. B. Autoproduktion). Ein genauerer Blick muss auch die Folgeeffekte der Sparpakete einbeziehen, denn durch Sparmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen, durch Einbrüche im Handel waren und sind selbstverständlich auch viele Frauen betroffen.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass die wissenschaftliche Ökonomie immer noch von einem fordistischen Arbeitsbegriff geprägt ist: als Arbeit wird vor allem die Produktion verstanden, andere Ausprägungen (wie z. B. Dienstleistung, Pflege) werden oft vernachlässigt. Und auch soziale Ungleichheiten der Betroffenen (wie die Klassenzugehörigkeit oder die ethische Herkunft) werden de-thematisiert.

Tatsächlich wirken sich Finanz- und Wirtschaftskrisen massiv auf die Betroffenen aus: Die Einschränkung individueller Wahlfreiheit, der Verlust des Arbeitsplatzes, sinkendes Einkommen und Vermögen – auch wenn nur vorübergehend – können zu langfristigen Konsequenzen für das Wohlergehen der Menschen führen. Sparprogramme und Kürzungen öffentlicher Ausgaben verstärken diese negativen Wirkungen und verschlechtern langfristig kollektive Fähigkeiten.

Das **Krisenmanagement der Europäischen Union** stellte die Budgetkonsolidierung über alles andere. Unter dem Hinweis auf gegenseitige Verantwortung wurden Rettungsschirme entwickelt, der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde reformiert; die Vorgaben zur Haushaltsdisziplin wurden strenger, inklusive automatischer Strafen für Defizitsünder. Am 30.1.2012 beschlossen 25 EU-Staaten (außer Großbritannien und Tschechien) einen Europäischen Fiskalpakt mit strengeren Obergrenzen für die Staatsverschuldung.

Obwohl die **stark gewachsene Ungleichheit eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise** ist, wurden Maßnahmen gesetzt, die genau diese Ungleichheit noch verstärken: Die Sparprogramme treffen vor allem die ohnehin am stärksten gefährdeten Gruppen und nicht etwa Banken oder Kapitaleigner. Die Auflagen für jene Länder, die die Rettungsschirme in Anspruch nahmen, verschärften deren Probleme massiv: Hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit, steigende Obdachlosigkeit, Hunger und steigende Selbstmordraten sowie Krankheiten, die in Europa als ausgelöscht galten (z. B. Tuberkulose) – all das ist nicht nur der Wirtschaftskrise, sondern insbesondere der EU-Krisenpolitik geschuldet. Auch in Österreich, das vergleichsweise gut durch die Krise kam, erreichte die Arbeitslosigkeit einen neuen Höchststand.

#### **Fazit und offene Fragen:**

- Die Lehre aus der Krise scheint es zu sein – nicht nur auf EU-Ebene aber vorrangig dort – jenen wirtschaftspolitischen Kurs, der in die Krise geführt hat, mit noch größerer Vehemenz fortzusetzen, ja sogar durch Sanktionsdrohungen zu verschärfen.
- Für diesen Kurs sind Verantwortung und Solidarität unwesentlich – vielmehr wird sogar eine Umverteilung von unten nach oben weiter forciert.
- Die Frage ist daher, wie könnte grenzüberschreitende Solidarität im Rahmen von wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Prozessen gelingen? Und braucht es dafür nicht ein neues / anderes Wirtschaftssystem?

#### **Aus der Diskussion:**

„Heterodoxie“ meint im Zusammenhang des Instituts für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie, die Beschäftigung mit unterschiedlichen Strömungen und Ideen der Ökonomie, die alle anerkannt sind.

Verhalten sich die Akteure und Entscheidungsträger der Wirtschaft(spolitik) tatsächlich so rational, wie es der *homo oeconomicus* angeblich tut, wenn sie an dem Ast sägen, auf dem wir alle sitzen? Verantwortung und Solidarität könnten ja durchaus als ‚egoistische‘ Ziele verfolgt werden, da sie den sozialen Frieden sichern.

Wie ließe sich die herrschende Wirtschaftsweise verändern? Kleine Schritte, wie beispielsweise eine kritischere Lehre an den Wirtschaftsuniversitäten oder ein geändertes Konsumverhalten, reichen wohl nicht aus, solange die grundsätzlichen Ideen und das Wertesystem der Ökonomie nicht ins Wanken kommen.

Die Sozialökonomie hat im Rahmen der ökonomischen Wissenschaften eine relativ geringen Stellenwert. Das erklärt, warum neue Ideen von Arbeit im ökonomischen Mainstream so wenig Gewicht haben: nicht nur Produktion, auch Beziehungsarbeit – Altruismus, Fürsorge – gehören zum Wirtschaften.

Unangefochten ist auch die Wachstumsideologie. Wachstums-kritische Stimmen, die es seit Jahrzehnten gibt, verhallen scheinbar ungehört, es zählen nach wie vor die alten Wachstumsindikatoren.

Seit den 1980er Jahren gibt es Prognosen über die Auswirkungen der Digitalisierung und Robotisierung der Produktion. Bisher haben sich diese jedoch noch nicht bewahrheitet; eine Besteuerung von Maschinen wird immer noch unterlassen, während die menschliche Arbeit gerade in Österreich enorm hoch besteuert ist.

Es gibt Alternativvorschläge zum Europäischen Krisenmanagement (vgl. Stephan Schulmeister: *Mitten in der großen Krise. Ein ‚New Deal‘ für Europa*, 2010): die Kaufkraft der Menschen zu stärken bedeutet auch die Nachfrage anzukurbeln.

Wettbewerb ist nicht nur eine treibende Kraft im Wirtschaftssystem, sondern auch in den Individuen internalisiert: wir treiben uns selbst an. Die Soziologin Frigga Haug meint sinngemäß, wer in Arbeit untergeht, hat keine Zeit die Welt zu ändern. Sie fasst den Begriff der Arbeit weiter, indem sie vier Dimensionen der Arbeit benennt: Reproduktion, Erwerb, Kulturarbeit und politisches Engagement (Frigga Haug: *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*, 2011).

Protokoll: Barbara Smrzka